



Sollen der Mitte im Wahljahr Aufwind geben: Ständeratspräsidentin Brigitte Häberli-Koller von der Mitte Thurgau und Nationalratspräsident Martin Candinas von der Bündner Mitte.

Bild Peter Klaunzer / Keystone



Die Mitte: Von der Fusion zur Stabilität

Mit einem neuen Namen und frischem Wind startet die Mitte in ihren ersten nationalen Wahlkampf. Durch den Verzicht auf das C im Namen will die mit der BDP fusionierte frühere CVP ihren Wähleranteil vergrössern.

von Eva Surbeck

Die Mitte-Partei geht mit neuem Namen und zusammen mit der früheren BDP in ihren ersten nationalen Wahlkampf und hofft auf Gewinne im Mittelland. Im Parlament bewegt sich die Partei zwischen den Polen und übernimmt häufig die Rolle der Mehrheitsbeschafferin.

Ins Zentrum ihres neuen Auftritts – neues Logo, neue Farben – stellt die Mitte-Partei ihr Ziel: die Schweiz zusammenzuhalten. Im Herbst 2019, gut ein Jahr vor ihrer Fusion, hatten CVP und BDP Wähleranteile verloren. Zusammengezählt erreichten sie vor vier Jahren 13,8 Prozent Wähleranteil.

Der Verzicht auf das C im Namen gab am Anfang der Legislatur parteiintern einiges zu reden, ist mittlerweile auf nationaler Ebene kaum noch ein Thema. In allen 26 Kantonen hat sich die Partei in «Mitte» umbenannt, führt aber in Obwalden und Uri einen Doppelnamen. Parteipräsident Gerhard Pfister ging am Anfang des Wahljahres davon aus, dass der neue Name den Zugang zu seiner Partei erleichtern werde. Das jüngste Wahlbarometer bestätigt die Stabilität. Anfang Juli – gut drei Monate vor dem Entscheid – wollten 14,3 Prozent die Mitte wählen.

Fast ein Drittel des Ständerates

Stärkste Partei ist die Mitte in Luzern, Uri, Wallis und Appenzell Innerrhoden. Stark ist die Partei gemäss

Bundesamt für Statistik aber auch in der Surselva und in der Val Lumnezia in Graubünden, in einigen Regionen des Tessins und im Kanton Jura. Geht es nach Mandaten in Kantonsregierungen, ist die Mitte respektive die frühere CVP in den vergangenen rund 30 Jahren geschrumpft, auf noch 39 Sitze. Stetig zurückgegangen ist auch die Gesamtzahl ihrer Sitze in den Kantonsparlamenten. Mit der Aufnahme der BDP hat die Mitte den Rückgang zuletzt etwas auffangen können.

In den letzten kantonalen Wahlen vor der Nationalratswahl ist das Bild gemischt: In Zürich holte die Mitte drei Mandate, in Basel-Landschaft eines. Im Tessin hielt sie ihr Niveau. In Luzern und in Genf hingegen verlor sie insgesamt fünf Mandate. Die Mitte stellt 27 Nationalratsmitglieder und fast ein Drittel des Ständerates – und kann so immer wieder Anliegen der Bergkantone zum Durchbruch verhelfen. Stärke ausspielen kann sie auch in der Landwirtschaft – in ihrer Fraktion politisiert der als guter Lobbyist bekannte Bauernverbandspräsident Markus Ritter.

Volksnahe Themen besetzt

Mit der Kostenbremse-Initiative hat die Mitte das Thema Gesundheitskosten besetzt. Gemäss Begehren müssen Bundesrat, Parlament und Kantone eingreifen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. Der Fall

Ins Zentrum ihres neuen Auftritts – neues Logo, neue Farben – stellt die Mitte-Partei ihr Ziel: Die Schweiz zusammenzuhalten.

wäre dies, wenn das Kostenwachstum pro versicherter Person ein Fünftel über der Nominallohnentwicklung läge. Die Räte haben sich auf einen indirekten Gegenvorschlag geeinigt, der noch bereinigt werden muss. Er sieht als Massnahmen gegen steigende Prämien die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen für das Gesundheitswesen vor. Für den Fall, dass die Ziele nicht erreicht werden, macht er aber keine Vorgaben.

Mit gleich zwei Initiativen gegen die sogenannte Heiratsstrafe bewirtschaftet die Mitte noch ein weiteres volksnahe Thema. Alle Paare – ob verheiratet oder nicht – sollen zum einen gleich viele Steuern zahlen und zum anderen gleich hohe AHV-Renten erhalten. Die Vorlage des Bundesrates für die Individualbesteuerung lehnt die Mitte indes ab.

Die Mitte kann auch Sozialem zum Durchbruch verhelfen – oder auch nicht. So geschehen bei der Forderung nach einem vollen Teuerungsausgleich auf den AHV-Renten. Mitte, SP und Grüne waren im Herbst 2022 für



die Idee. Bei der Umsetzung sprangen dann aber einige Mitte-Ständeräte ab, und das Anliegen scheiterte.

Ratspräsidien in Mitte-Hand

Profil verschaffen der Partei im Wahljahr die beim Volk beliebte Bundesrätin Viola Amherd, Nationalratspräsident Martin Candinas und Ständeratspräsidentin Brigitte Häber-

li-Koller. Erst im Juni ging zudem der Vorsitz der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), die die Geschehnisse rund um die Notfusion der Grossbank Credit Suisse aufarbeiten wird, an die Mitte. Der als einflussreich angesehene Posten ging an die Freiburger Ständerätin Isabelle Chassot.